

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	3
<b>Lagebeschreibung der Städte und Gemeinden in Not</b>	
<b>Oberhausen in der Vergeblichkeitsfalle</b> KLAUS WEHLING, OB OBERHAUSEN. ....	4
<b>Immer tiefer ins Minus</b> HARALD RIEDEL, STADTKÄMMERER NÜRNBERG .....	6
<b>Ursachenanalyse der Städte und Gemeinden in Not</b>	
<b>Der Staat ist gefragt</b> PROF. DR. GUSTAV HORN, WISSENSCHAFTLICHER DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR MAKROÖKONOMIE UND KONJUNKTURFORSCHUNG (IMK) .....	8
<b>Welchen Staat wollen wir uns leisten?</b> PROF. DR. HANS-JÜRGEN BIELING, INTERNATIONALES POLITIKMANAGEMENT, HOCHSCHULE BREMEN .....	10
<b>Unsere Alternativen – gerecht geht anders!</b> .....	12
<b>Podiumsdiskussion</b>	
<b>Eine neue Politik für Städte und Gemeinden starten!</b> .....	16
<b>Eine neue Politik ist unerlässlich</b> DR. EBERHARD JÜTTNER, VORSITZENDER DES PARITÄTISCHEN GESAMTVERBANDES .....	17
<b>Allianzen schmieden und Druck erzeugen</b> MARTIN KÜNKLER, KOORDINIERUNGSSTELLE GEWERKSCHAFTLICHER ARBEITSLOSENGRUPPEN .....	18
<b>Unsere Zukunft entscheidet sich auch an der Zukunft der Kommunen</b> PROF. DR. BERNHARD EMUNDS, LEITER DES OSWALD VON NELL-BREUNING-INSTITUTES .....	20
<b>Starker Sport – starke Kommunen!</b> DR. KARIN FEHRES, DIREKTORIN SPORTENTWICKLUNG, DEUTSCHER OLYMPISCHER SPORTBUND .....	22
<b>Resumee Städte und Gemeinden in Not</b> ACHIM MEERKAMP .....	24



**Impressum:**

Herausgeber: ver.di Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

V.i.S.d.P.: Frank Bsirske, Bearbeitung: Petra Welzel, Markus Fuß

Gestaltung und Layout: VH-7 Medienküche GmbH, 70372 Stuttgart, [www.vh7-m.de](http://www.vh7-m.de)

Herstellung und Druck: alpha print medien AG, 64295 Darmstadt, [www.alpha-print-medien.de](http://www.alpha-print-medien.de)  
W-3005-02-1010

# Vorwort

Die Bundesregierung möchte die Gewerbesteuer grundsätzlich ersetzen. Sie soll durch einen Hebesatz auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und durch einen höheren Umsatzsteueranteil der Kommunen ersetzt werden. Die Gewerbesteuer wird von Unternehmen bezahlt. Sollte die Regierung ihr Vorhaben umsetzen, werden die Unternehmen entlastet und die Bürgerinnen und Bürger belastet. Die Stadt-Umland-Problematik wird sich zwangsläufig verschärfen und die Einnahmen vieler Kommunen werden weiter sinken beziehungsweise noch stärker konjunkturabhängig.

Dabei ist die Gewerbesteuer die stabilste Einkommensquelle der Kommunen. Das zeigt sich auch in der Krise. Dass die Regierung die schwankenden Einnahmen durch die Gewerbesteuer jetzt als Argument nutzt, um sie abschaffen zu wollen oder aber zu schwächen, ist nicht nachvollziehbar. Denn die anderen Einkommensarten schwanken wesentlich stärker.

Wie verheerend sich die Politik der letzten Jahre auf die Städte und Gemeinden auswirkt, machen folgende Beispiele deutlich.

Die Kommunen mussten immer mehr soziale Leistungen übernehmen, ohne, dass ihnen dafür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden sind. Wirtschaftskrise, zunehmende prekäre Beschäftigung, Armut trotz Arbeit führen dazu, dass die Kosten für soziale Leistungen ins Unermessliche steigen. Gleichzeitig führte die Steuerpolitik der letzten Jahre zu Mindereinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe. Diese Politik hat die Städte und Gemeinden an den Rand der Handlungsfähigkeit gedrückt. Viele Kommunen in Deutschland leiden entsprechend unter dieser strukturellen und chronischen Finanznot. Sowohl die Defizite als auch die Kassenkredite der Kommunen haben aktuell mit 12 Mrd. Euro beziehungsweise mit 35 Mrd. Euro Rekordwerte erreicht. Insofern ist der Ansatz der Regierung, die Gewerbesteuer abzuschaffen, falsch.

Wir sagen: gerecht – geht – anders!

Die kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund), die Wohlfahrts- und Sozialverbände, der Deutsche Olympische Sportbund, Erwerbslosengruppen, die Kirchen, viele Bürgermeister/-innen und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordern nicht nur den Erhalt der Gewerbesteuer. Vielmehr ist es an der Zeit, die Gewerbesteuerbasis zu erweitern.

Mit der vorliegenden Broschüre dokumentieren wir, wie sich die Situation der Städte und Gemeinden darstellt, gehen den gesellschaftspolitischen und ökonomischen Ursachen der desolaten Finanzsituation vieler Kommunen auf den Grund, stellen Alternativen dar und diskutieren zu guter Letzt über Wege, die jetzt in breiten gesellschaftlichen Bündnissen eingeschlagen werden können, vielleicht sogar müssen. Viele Fachleute aus Wissenschaft, Verbänden und Politik haben uns dabei unterstützt.

Die Broschüre „Städte und Gemeinden in Not“ bietet eine Unterstützung für alle Akteure vor Ort, um ihre Situation zu beleuchten und über Wege der Politisierung in Betrieben, Verwaltungen und „Marktplätzen“ in Bündnissen zu diskutieren und ihre eigenen Alternativen umzusetzen.

**Mit freundlichen Grüßen**





## Oberhausen in der Vergeblichkeitsfalle

KLAUS WEHLING, OB OBERHAUSEN



*Ein Schuldenberg von 1,18 Milliarden Euro, das macht pro Kopf 7.500 Euro – die Stadt Oberhausen wird es nicht allein aus den Schulden schaffen, das ist klar, sagt der Oberbürgermeister der Stadt, Klaus Wehling.*

Die Verschuldung der Städte und Gemeinden ist inzwischen etwas ganz Normales. Wir bemühen uns vergeblich, der Schuldenfalle zu entkommen.

### AUSGANGSLAGE

Für die Stadt Oberhausen heißt das: Durch die Rettung der WestLB, zu der das Land Nordrhein-Westfalen 3 Milliarden Euro beigetragen hat und die Stadtsparkasse 2 Milliarden Euro, fehlen Oberhausen Einnahmen aus der Gewerbesteuer der Stadtsparkasse und die jährlichen Ausschüttungen der Sparkasse. Wir haben keine Gelder mehr für soziale Einrichtungen und Veranstaltungen.

Zudem müssen wir die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen erhöhen, die zwar der Rat der Stadt ablehnt, die Kommunalaufsicht aber verlangt. Die Elternbeiträge belaufen sich auf 865.000 Euro.

Blicken wir kurz auf die Situation der Kommunen in NRW:

- ▲ 90 Prozent der Kommunen können 2010 ihren Haushalt nicht strukturell ausgleichen.
- ▲ 139 Kommunen (jede dritte Stadt in NRW) befinden sich im Nothaushalt.
- ▲ 9 Kommunen sind derzeit überschuldet.
- ▲ Volumen der Kassenkredite: 19 Milliarden Euro in NRW, seit 2005 ist das eine Verdoppelung.

### URSACHEN

Gründe für die Verschuldung sind der generelle Strukturwandel, ein unzureichender Finanzausgleich, das sogenannte Konnexitätsprinzip<sup>1</sup>, der Fonds Deutsche Einheit, die Mittelkürzungen der letzten CDU/FDP-Regierung in NRW zu Lasten der Kommunen, aber auch die Oberhausener Investitionen für die Menschen und in die Infrastruktur. Wir haben in die Kinderförderung investiert, die Bildung, die Integration, die Stadtteilentwicklung, die Wirtschaftsförderung und wir haben die Straßenbahn wieder belebt.

Wir haben so einen Schuldenberg von 1,18 Milliarden Euro aufgetürmt, das macht pro Kopf 7.500 Euro. Unsere Arbeitslosenquote liegt bei rund 12 Prozent.

Die verloren gegangenen Arbeitsplätze, der Einbruch der Gewerbesteuer und der Wegfall von Sozialleistungen sind dem Strukturwandel in der Region geschuldet. Seit 1992 deckt die Gewerbesteuer als größte kommunale Einnahme die größte kommunale Ausgabe, die Sozialleistungen, nicht einmal mehr zur Hälfte.

Schuld an der Misere ist auch das Konnexitätsprinzip. Das Land überträgt neue Aufgaben, aber keine ausreichenden Gelder. Im Vergleich von 1991 zu 2010 sind die Ausgaben in der Kita-

<sup>1</sup> Das Konnexitätsprinzip umfasst eine Regel, nach der die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe von demjenigen Aufgabenträger zu tragen ist, der über Art und Intensität der Aufgabenerfüllung entscheidet.

Versorgung von 2,4 auf 20 Millionen Euro gestiegen, die für Jugend und Soziales von 54 auf 167 Millionen.

Dazu kommen die Kürzungen der CDU/FDP-Regierung in NRW zwischen 2005 bis 2010. In der Gemeindefinanzierung wurden 940 Millionen Euro gestrichen, bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung 340 Millionen, bei Schule und Jugend 180 Millionen, an Infrastrukturhilfen 337 Millionen und bei Arbeit und Soziales 23 Millionen.

## REAKTION

Wir versuchen unseren Haushalt bereits seit 25 Jahren, seit 1986 zu konsolidieren, 1991 und 1992 hatten wir vorübergehend einen ausgeglichenen Haushalt, seit 1993 fahren wir wieder jährliche Defizite mit steigender Tendenz ein trotz Konsolidierungsanstrengungen. Seit 1997 haben wir das Nothaushaltsrecht, 2008 wurde uns von den Aufsichtsbehörden mit einem Sparkommissar gedroht. Das wäre tatsächlich das Ende der kommunalen Selbstverwaltung, wie sie im Grundgesetz, Artikel 28 Abs. 2, noch steht.

Faktisch gibt es sie auch so schon nicht mehr. Die Landesregierung hat uns ein grundsätzliches Ausbildungsverbot erteilt, sie behindert uns massiv in der Personalentwicklung, zwingt uns zu Beitrags- und Steuererhöhungen. Wir sind von Förderprogrammen ausgeschlossen, alle Investitionen sind anmelde- und genehmigungspflichtig.

Mit einer Großdemonstration am 27.10. 2008 haben wir nachdrücklich und wirkungsvoll protestiert. Oberhausen beteiligt sich intensiv an der Protestbewegung „Raus aus den Schulden“ im Ruhrgebiet, inzwischen sind 40 Gemeinden in dem Bündnis vereinigt.

## VERANTWORTUNG

Für die Jahre 2008 bis 2012 haben wir ein verschärftes Haushaltssicherungskonzept (HSK) beschlossen, mit 130 Einzelmaßnahmen und mit 230 Millionen Einsparvolumen gesamt. Unser Motto: Sparen ja, Kaputtsparen nein.

Dafür haben wir Sparvorschläge erarbeitet, mit Hilfe externer Beratung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW und die Beratungs- und Prüfungsgesellschaft mbH. Wir haben die Verwaltung mit einbezogen, die Dezernate und Bereiche und den Arbeitskreis HSK und auch die Bürgerinnen und Bürger wurden durch einen transparenten Beteiligungsprozess befragt.

Gespart wird seither in der Grünpflege, der Kultur, im ÖPNV, beim haustechnischen Dienst, beim Personalabbau durch Fluktuation, durch Steuererhöhungen und Reduzierung von 7 auf 3 Bäder.

Trotz aller Sparbemühungen bleibt Oberhausen in der Vergeblichkeitsfalle. Alle Sparbemühungen bleiben vergeblich, so lange die Ursachen nicht behoben werden. Das heißt, dass die Stadt ihre finanzielle Situation ohne die Behebung der strukturellen und chronischen Unterfinanzierung nicht verbessern kann.

## AUSBLICK

Die neue SPD/GRÜNE-Landesregierung redet mit den Städten und hilft verschuldeten Kommunen. Ein wirtschaftlicher Aufschwung zeichnet sich ab.

Als weiteren Beitrag erwarten wir vom Bund: einen Solidarpakt nach Bedürftigkeit, eine ausreichende Finanzierung (U-3-Ausbau) und eine Gemeindefinanzierung. Als Beitrag vom Land: Altschuldenhilfe, Zugang zu Förderprogrammen, Reform der Gemeindefinanzierung, vor allem die Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Und der Beitrag der Kommunen ist ebenso wichtig: verantwortliche Sparmaßnahmen, Konsequenzen aus demografischem Wandel ziehen, die interkommunale Zusammenarbeit fördern.

Es geht um die gleichen Chancen und Perspektiven der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Und darum kämpfen wir. Wir sind Oberhausen!



## Immer tiefer ins Minus

HARALD RIEDEL, STADTKÄMMERER NÜRNBERG

*Noch hat die Stadt Nürnberg einen nahezu ausgeglichenen Haushalt, aber die steigenden Sozialausgaben und die sinkenden Steuereinnahmen zeigen schon ihre Sprengkraft. Es ist nur noch eine Frage von ein oder zwei Jahren, bis auch Nürnberg in der Schuldenfalle sitzt, hat Harald Riedel, der Kämmerer der Stadt, errechnet.*

Auf dem letzten Städtetag in Bayern war eines ganz klar: Die Kommunen steuern 2010 bei sinkenden Steuereinnahmen (minus 4,3 Prozent) und stark steigenden Sozialausgaben (plus 8,1 Prozent) auf ein nie dagewesenes Rekorddefizit zu. Das Defizit lag im ersten Halbjahr 2010 mit 7,8 Milliarden Euro bereits höher als das Defizit des gesamten Jahres 2009 mit 7,2 Milliarden Euro. Die Städte in Bayern fordern daher unisono: eine Stabilisierung bzw. Verbesserung der Einnahmen.

### NÜRNBERG ALS TYPISCHE GROSSSTADT

Mit gut 500.000 Einwohnern ist Nürnberg die Kernstadt einer Metropolregion mit 3,5 Millionen Einwohnern; unsere Bevölkerungsentwicklung ist konstant. Die Stadt beschäftigt etwa 8.400 Vollzeitkräfte in der Kernverwaltung mit Eigenbetrieben, ausgenommen ist das Klinikum und Theater. Unser Haushaltsvolumen liegt bei ca. 1,3 Milliarden Euro bei einem Schuldenstand von 1,1 Milliarden Euro im Kernhaushalt. Unsere Arbeitslosenquote liegt bei knapp 10 Prozent, die Pro-Kopf-Verschuldung bei 2.350 Euro. Unser Hauptproblem ist das steigende Defizit.

Wir könnten die Nettoneuverschuldung stoppen. Aber das ist leicht gesagt, nur schwer umzusetzen, wenn man die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt am Laufen halten und die Infrastruktur für soziale Einrichtungen, Kultur, Umwelt, Sport und Freizeit erhalten will.

Unser Ziel ist es, die Zukunftsfähigkeit der kommunalen Dienstleistungen sicherzustellen, die Modernisierung der Stadtverwaltung voranzutreiben, das strukturelle Defizit dauerhaft zu überwinden, und die Finanzierung unseres hohen Investitionsniveaus abzusichern. Darüber herrscht Konsens über alle Parteien hinweg, dafür stehen wir gemeinsam im Stadtrat.

### HAUSHALTS-KONSOLIDIERUNG IN NÜRNBERG

Für den Ausbau der Kinderbetreuung, den Neubau, die Sanierung und Erweiterung von Schulen, die Sanierung und Neubau von Feuerwachen, die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems, die Generalsanierung Jugendherberge, den Ausbau und Sanierung der U-Bahn und anderer ÖPNV-Projekte, den Stadtumbau nach der Insolvenz der Quelle AG, die Verbesserung der Straßeninfrastruktur und die Sanierung von Brücken müssen wir Investitionen von 731 Millionen Euro stemmen, von denen 466 Millionen aus eigenen Mitteln kommen. Das ist eine endlose Angelegenheit mit einer Vielzahl kleiner Schrauben, an denen wir immer und immer wieder drehen.

Seit 1991 finden jährliche Haushaltskonsolidierungsrunden statt. 1.596 Einzelbeschlüsse wurden seither gefasst. Jüngstes Ergebnis ist ein 70-Millionen-Euro-Sparpaket. In der Stufe 1 steht das Projekt „Die Töchter helfen ihrer Mutter“ mit einem Einsparvolumen von 13,8 Millionen Euro, das im Haushalt 2010 z. B. durch die Gewinnabführung bei der Sparkasse und die Verringerung des Verlustausgleichs im Klinikum erreicht werden soll. In der Stufe 2 greifen Maßnahmen mit schneller Wirkung in der Kernverwaltung – Einsparvolumen 26 Millionen Euro. Das Projekt befindet sich bereits in der Umsetzung. Stufe 3 nennen wir „Nürnberg 2015 – moderne Stadtverwaltung der Zukunft“ – das Einsparvolumen hier: 30 Millionen Euro. Eine Prozess-, Struktur- und Organisationsoptimierung mit Verschlangungswirkung steht noch aus.

### WAS KÖNNEN WIR UNS LEISTEN, WAS NICHT MEHR?

Voraussetzung: Ein durchschnittlicher Cashflow, also ein Überschuss an finanziellen Mitteln nach Abzug der Ausgaben von den Einnahmen aus Verwaltungstätigkeit, muss der Stadt zur Begleichung von Tilgungen, für Investitionen oder zum Schuldenabbau zur Verfügung stehen. Legen wir einen durchschnittlichen Cashflow für 2003 bis 2010 von 12,5 Millionen Euro im Jahr zugrunde, gibt es vier Wege, die wir gehen können:

#### **Szenario eins:**

Wir erwirtschaften zumindest unsere Tilgungen – Einsparziel: 25,5 Millionen Euro.

**Szenario zwei:**

Wir können die Abschreibungen erwirtschaften – Einsparziel: 52,5 Millionen Euro.

**Szenario drei:**

Wir erreichen eine Nettoneuverschuldung von null – Einsparziel: 77,5 Millionen Euro.

**Szenario vier:**

Wir bauen unsere Schulden in Höhe der Tilgung ab – Einsparziel: 115,5 Millionen Euro.

Dazu eine kleine Modellrechnung: Das Amt für internationale Beziehungen – Kosten: 1 Million Euro; Betrieb und Unterhalt der Bäder – 6 Millionen Euro; Ausgaben für städtische Gymnasien als freiwillige kommunale Aufgabe – 12 Millionen Euro; Zuschüsse für das Theater – 17 Millionen Euro; Zuschuss für die NOA, eine gGmbH für Service und Beschäftigung – 1 Million Euro; Soziales bspw. das Bündnis für Familie – 0,6 Millionen Euro; Wirtschaftsförderung – 4 Millionen Euro; 1.000 Verwaltungsmitarbeiter quer durch die Stadt – 50 Millionen Euro; Verlustausgleich – 10 Millionen Euro; macht summa summarum 114 Millionen Euro. All das, und noch einiges mehr, können wir uns eigentlich nicht mehr leisten.

## STEUERSENKUNGEN SIND GIFT FÜR DIE KOMMUNALFINANZEN

Schuld an unserer Haushaltslage sind nicht zuletzt die Steuersenkungen. Die Auswirkungen auf Nürnberg sind in deutlichen Zahlen zu benennen. Das erste Konjunkturpaket der Bundesregierung wird geschätzt 48 Millionen Euro Steuermindereinnahmen in fünf Jahren (2009 bis 2013) verursachen, das zweite Konjunkturpaket noch einmal 30 Millionen Euro in denselben fünf Jahren. Dazu kommen zu finanzierende Rückflüsse, ca. 30 Millionen Euro für Zukunftsinvestitionen, Steuermindereinnahmen von geschätzt zwischen 12 und 16 Millionen Euro pro Jahr aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und weitere Steuerausfälle von bis zu 60 Millionen Euro pro Jahr. Das sind 100 Millionen Euro pro Jahr bei einem Haushalt von 1,3 Milliarden Euro.

## DIE SCHULDENBREMSE

Durch die Schuldenbremse im Grundgesetz werden die Verhandlungen mit dem Freistaat und Bund noch härter werden. Die Schuldenbremse wird mittelbare Auswirkungen auf die Kommunen haben, auch wenn diese formal nicht beteiligt sind. Es ist zu befürchten, dass die Investitionszuschüsse an die Gemeinden und der Finanzausgleich mit den Kommunen in Folge zurückgehen werden. Rund 25 Prozent unserer Erträge sind Zuweisungen, Steuererträge wie Einkommensteuer und Umsatzsteuer kommen über einen vertikalen Ausgleich. Es darf zu keiner Lastenverschie-

bung auf die Kommunen kommen. Die Handlungsspielräume werden insgesamt jedoch durch die Schuldenbremse noch geringer werden.

## UNSERE PERSPEKTIVE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE

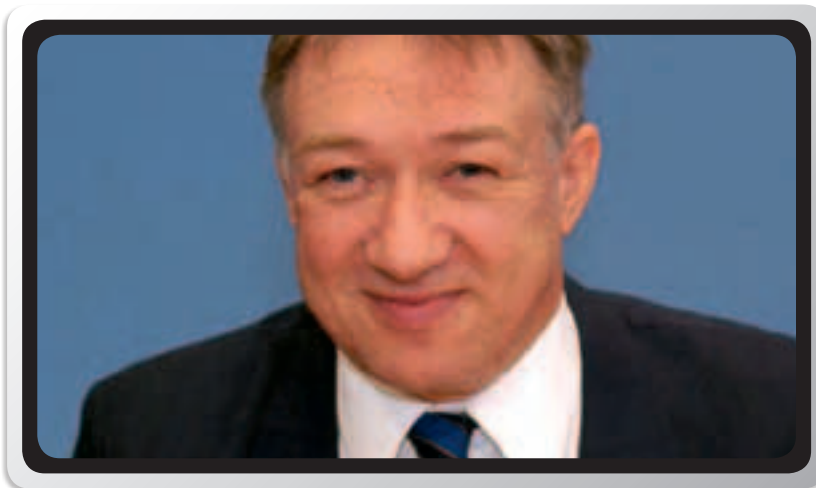
Wir schaffen es als Kommune nicht ohne Hilfe! Wir werden die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht allein bewältigen, ebenso wenig den Ausbau der Kinderbetreuung, den Ausbau der Bildungseinrichtungen, die Sicherung des sozialen Ausgleichs, den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur und auch nicht die Finanzierung des Klimaschutzes.

Bund, Länder und Kommunen sind miteinander verbunden, deshalb ist das Fiskalaufkommen von Bund und Ländern für uns entscheidend. Denn Fakt ist: Zweimal können wir uns noch ein Defizit, wie wir es im letzten Jahr hatten, noch leisten, dann sind auch wir verschuldet.



## Der Staat ist gefragt

PROF. DR. GUSTAV HORN, WISSENSCHAFTLICHER DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR MAKROÖKONOMIE UND KONJUNKTURFORSCHUNG (IMK)



*Deutschland ist im internationalen Vergleich Vizeweltmeister in sparsamer Ausgabenpolitik. So ist die jährliche Wachstumsrate der Staatsausgaben im Zeitraum von 1998 bis 2008 im Durchschnitt real um  $-0,2\%$  gesunken. Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, sondern bleiben unter unseren Möglichkeiten. Insofern haben wir kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem. Die Einnahmen müssen auf Bundes- wie auf kommunaler Ebene also gestärkt werden. Und das geht nur durch höhere Steuern, sagt Prof. Dr. Gustav Horn, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).*

Deutschlands Kommunen und Gemeinden verarmen mehr und mehr, aber das ist weder Zufall noch Schicksal. Es ist die Folge einer gezielten Wirtschaftspolitik, die Kommunen wie Unternehmen behandelt und so seit Jahren von unterschiedlichen Bundesregierungen betrieben wird. Aber ein Kommune ist kein

Unternehmen, auch nicht aus ökonomischer Sicht. Wenn ein Unternehmen Pleite geht, ist das nicht schön, aber es kann die Produktivität und die Wirtschaft beleben. Aber was ist, wenn Oberhausen Pleite geht? Freut sich dann Essen oder eine andere Stadt? Wohl kaum. Die anderen Städte werden sich eher fragen, welche wird die Nächste sein.

### URSACHEN DER STAATSVerschULDUNG

Schauen wir zunächst auf den Staat. In Deutschland haben nicht nur die Kommunen Schulden, sondern der Staat selbst auch. In den kommenden Jahren steht Deutschland vor einigen fiskalischen Herausforderungen. Im Bereich der Sozialversicherung werden bis zu 80 Milliarden Euro benötigt werden. Der Konsolidierungsbedarf durch die Schuldenbremse wird bis 2016/2020 bei 50 bis 75 Milliarden Euro liegen, davon soll das sogenannte Sparpaket

bis 2014 26 Milliarden einfangen. Im Bildungsbereich sollten pro Jahr 30 bis 40 Milliarden Euro investiert werden. Insgesamt hat Deutschland einen jährlichen öffentlichen Finanzbedarf von 110 bis 225 Milliarden Euro. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist Deutschland Vize-Weltmeister in sparsamer Ausgabenpolitik. Wir leben hier in einer ganz anderen Welt als in unseren Nachbarstaaten.

### RAUS AUS DEN SCHULDEN

Es bleibt bei dieser Bilanz nur die Einnahmenseite, um die Haushalte langfristig zu konsolidieren. Und die Einnahmen erhöht man nur durch höhere Steuern. Zum Beispiel durch eine Tarifierhebung für hohe Einkommen bei der teuer, was bis zu 25 Milliarden Euro einbringen könnte. Zudem könnte man bei der teuer das Ehegattensplitting überdenken, Kapitaleinkommen, Vermietungen, Verpachtungen und Minijobs besteuern, 5 bis 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen wären drin. Eine Erbschaftssteuer könnte 0,5 bis 8 Milliarden Euro und eine Vermögenssteuer 10 bis 20 Milliarden Euro bringen. Bezüglich einer Vermögenssteuer hat das Verfassungsgericht seinerzeit nur gefordert, unterschiedliche Vermögen nicht unterschiedlich zu besteuern. In Deutschland hat das dazu geführt, das Vermögen gar nicht mehr besteuert werden.

Eine Finanztransaktionssteuer könnte weitere 3 bis 20 Milliarden Euro in die Kassen spülen, Unternehmenssteuern 2 bis 20 Milliarden Euro, der richtige Steuervollzug, beziehungsweise eine gezielte Steuerfahndung bis zu 12 Milliarden Euro. Insgesamt wären so durchaus 20 bis 125 Milliarden Euro Mehreinnahmen möglich.

## DAS HAUPTPROBLEM

Wie erhält man die politische Zustimmung zu den notwendigen Steuern? Zwei Szenarien sind denkbar. Das optimistische Szenario wäre: Die Bürger sind zufrieden mit dem hohen Niveau öffentlicher Leistungen und ihrer gerechten Finanzierung. Das pessimistische Szenario sieht folgendermaßen aus: Fiskalische und verteilungspolitische Probleme führen zu einer massiven Unzufriedenheit, wir verharren im Teufelskreis von schlechteren Leistungen und Steuerensenkungen, etc.

Das Problem ist tatsächlich: Wir stecken seit langem im pessimistischen Szenario. Die schwarz-gelbe Regierung hat es beschleunigt – mit dem systematischen Rückbau des Staates, mit massiven Steuerensenkungen, überdurchschnittlich zugunsten der Reichen und Unternehmen, was schon unter Rot-Grün zu riesigen Steuerausfällen geführt hat, mit radikalen Kürzungen auf der Ausgabenseite, schlechteren Leistungen, schlechteren Arbeitsbedingungen und Gehaltskürzungen und nicht zuletzt mit der Beförderung eines massiven Vertrauensverlustes in die sozialen Sicherungssysteme. Schon

auf Kosten von Schwarz-Rot gehen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Streichung von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer. Unter Schwarz-Gelb kommt ein weitgehend sinnloses Wachstumsbeschleunigungsgesetz hinzu, das durch eine entsprechende Sparpolitik gegenfinanziert werden soll.

## RAUS AUS DEM TEUFELSKREIS

Wie kommt man aus diesem Teufelskreis heraus? Die Antwort ist einfach: Durch positive Beispiele, die die Handlungsfähigkeit des Staates für alle sichtbar machen. Und die hat es gegeben: Ein entschlossenes Handeln gegen die Finanzkrise und gegen die Rezession. Innerhalb kürzester Zeit wurde ein beachtliches Investitionsprogramm aufgelegt. Bleibt die Frage: Was wollen wir vom Staat? Wir kommen deshalb nicht um die Debatte herum, was die Aufgabe des Staates ist.



## Welchen Staat wollen wir uns leisten?

PROF. DR. HANS-JÜRGEN BIELING, INTERNATIONALES POLITIKMANAGEMENT,  
HOCHSCHULE BREMEN



*Unter politik- und gesellschaftsanalytischen Aspekten hat die Not der Kommunen und Gemeinden in Deutschland sehr viel mit unseren politischen Leitbildern zu tun. Heute scheint es, die Wirtschaft regiere das Land. Was wir brauchen, ist eine erneute Politisierung vor allem des Finanzmarktkapitalismus, so Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling vom Lehrstuhl für Internationales Politikmanagement an der Hochschule Bremen.*

Politik ist immer auch die Kunst, Partikularinteressen als allgemeine Interessen darzustellen. Der derzeitigen schwarz-gelben Bundesregierung gelingt es gerade eher weniger, die speziellen Interessen von Reichen, Unternehmen, insbesondere der Stromkonzerne und Hoteliers, für die sie Politik macht, als für die gesamte Gesellschaft von allgemeinem Interesse zu verkaufen.

### LEITBILDER UND DISKURSE IN DER POLITIK

Die Leitbilder von Staatlichkeit, die wir haben, haben sich immer wieder mal geändert. Zuletzt wandelte sich das Leitbild vom „keynesianischen Wohlfahrtsstaat“ zum „schlanken Wettbewerbsstaat“, zum „aktivierenden Staat“, zum „Gewährleistungsstaat“. Für die Stadt im Kleinen vollzog sich der Wandel parallel von der „verwalteten“ zur „unternehmerischen Stadt“. In Krisen wie der aktuellen wird der Kampf um die politische Agenda geführt. Brauchen wir einen demokratischen Sozial- und Investitionsstaat oder den Staat als „Wettbewerbsförderer“ und „Katastrophen-Schützer“? Nach Peter Hall, Professor für Europäische Studien an der Harvard Universität, haben die politischen Akteure ihr eigenes Leitbild: „[...] die politischen Entscheidungsträger bewegen sich gemeinhin in einem Rahmen von Ideen und Standards, die nicht nur die Ziele der Politik und die Art der Instrumente spezifizieren, die zu

ihrer Realisierung eingesetzt werden, sondern auch den grundlegenden Charakter der Probleme, die sie zu bearbeiten meinen. [...] Ich bezeichne diesen interpretativen Rahmen als politisches Paradigma.“

Der österreichische Wirtschaftswissenschaftler von Hayek hatte seine eigene Definition vom umkämpften Charakter des Wandels hegemonialer Leitbilder. Von Hayek ging davon aus, dass auch in einer Demokratie politische Entscheidungen nur entfernt über Wahlen getroffen würden. Die Richtung der Politik sei durch die dominierenden intellektuellen Strömungen vorgegeben, die ihre Öffentlichkeitswirksamkeit etwa über Journalisten aufbauen könnte. Die Produzenten der Theorien seien dabei die „Original Thinkers“, während die „Second Hand Dealers“ die Ergebnisse der Ideologieproduktion in der Gesellschaft wirksam werden ließen. Die Rolle der „Second Hand Dealers“ ordnete Hayek den sogenannten Think Tanks, den Denkfabriken zu.

Politische Leitbilder werden also durch konzeptive Intellektuelle oder Think Tanks, durch „second hand dealers in ideas“ (von Hayek) und das Alltagsbewusstseins der breiten Massen entwickelt. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei dem Verhältnis von Krise, Kritik und intellektueller Intervention zu und der bereits erwähnten Präsentation partikularer Interessen als allgemeine Interessen.

## LEITBILDER IM PROZESS DER TRANSFORMATION

Was heißt das nun für eine Stadt, eine Kommune? Woran lässt sich der Wandel des politischen Leitbildes von der „verwalteten“ zur „unternehmerischen Stadt“ festmachen?

Die „verwaltete Stadt“ steht für: öffentliche Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Theater, Schwimmbäder, Bibliotheken) sozialer Wohnungsbau, bedarfsorientierten kommunalen Personennahverkehr, Strom- und Wasserversorgung, Müllentsorgung.

Die „unternehmerische Stadt“ steht für: Kommerzialisierung und Privatisierung vieler Dienste, Public Private Partnerships, New Public Management, Förderung prestigeträchtiger Projekte – man siehe Stuttgart 21 –, Gentrifizierung, Förderung moderner privater Dienstleistungsunternehmen.

Für diesen Wandel steht der Finanzmarktkapitalismus. Er hat die Struktur und Funktionsweise der Finanzmärkte verändert, jetzt stehen Begriffe wie Institutionelle Anleger, Rating-Agenturen und der FIRE-Sektor für die Kapitalisierung auch der öffentlichen Haushalte. Shareholder Value, Privatisierung, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte etc., alles wird dem Finanzmarktkapitalismus untergeordnet. Wissenschaftler wie Dörre, Harvey und Zeller sehen darin eine zentrale Entwicklungsdynamik und sprechen von der „Neuen Landnahme“. In diesem Zusammenhang haben sich auch die Akteurskonstellationen und

Kräfteverhältnisse verschoben. Galt früher für politische Gestaltungsnetzwerke, dass sie korporatistisch, unter Beteiligung von Parteien, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften funktionierten, sind sie heute pluralistisch, mit einem starken Gewicht von finanziellen Anlegern, marktliberalen Managern, Wissenschaftlern und Beratungsfirmen. Man kann darin soziale und demokratische Ausschlussprozesse und eine Krise der politischen Repräsentation sehen.

## KRISENDYNAMIKEN UND DER KAMPF UM DIE POLITISCHE AGENDA

Ein demokratischer Sozial- und Investitionsstaat könnte aus der Krise führen. Er müsste Kritik an den Privatisierungs- und Deregulierungsexzessen üben, Konjunkturprogramme in der Wirtschaftskrise auflegen, öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur tätigen und sich umweltpolitisch orientieren.

Dagegen konkurrieren das Leitbild und Interpretationen vom Staat als „Wettbewerbsförderer“ und „Katastrophenschützer“. Staatliche Intervention zum Systemerhalt (kurzfristig und im „Ausnahmezustand“), Krise als Ausdruck von Politikversagen (falsche Regulierung) und eine Exit-Strategie, die eine effektivere Regulierung der Finanzmärkte, Mobilisierung von Wachstum durch Steuersenkungen und Reduktion der steigenden Staatsverschuldung beinhaltet, stehen für diesen Staat. Dieser wehrt weitergehende umwelt-, infrastruktur- und sozialpolitische Ansprüche ab.

## PERSPEKTIVEN

Das offenkundige Problem bleibt: die steigende Verschuldung der Kommunen. Die vorherrschende Antwort und Reaktion bleibt auch dieselbe: Sparen und staatliche (so auch kommunale) Leistungen einschränken.

Die konkrete Aufgabe besteht nun darin, die Verlagerung der Diskussion von der Ausgaben- zur Einnahmenseite (breitere kommunale Steuerbasis) zu schaffen. Das wird nur über eine Politisierung des Finanzmarktkapitalismus und der bisherigen Krisenbewältigungsstrategie führen. Und das wird nur durch eine alternative Krisen- und Problemdiagnose, die auch an das Alltagsbewusstsein großer Bevölkerungsgruppen anschließt, zu erreichen sein.



## Unsere Alternativen – gerecht geht anders!



Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, Bund, Länder und Gemeinden

Unser Land braucht einen sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Kurswechsel des Arbeitens, Lebens und Wirtschaftens. Dafür benötigen wir einen handlungsfähigen Staat auf allen Ebenen. Die chronische und strukturelle Unterfinanzierung vieler Städte und Gemeinden muss behoben werden. Die Städte und Gemeinden müssen finanziell in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben so zu erfüllen, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine lebenswerte Zukunft haben. Das betrifft Qualität, Umfang, Preis, politische Steuerbarkeit und Zugangsmöglichkeit von öffentlicher Daseinsvorsorge, eine gut ausgebaute Infrastruktur als auch professionelle Verwaltungsdienstleistungen.

Die politischen Weichenstellungen auf Bundes- oder Landesebene bilden die wesentlichen Voraussetzungen für materielle, soziokulturelle und politische Teilhabe der Menschen. Die Steuer- und Sozialpolitik der letzten Jahre führte in der Konsequenz zu massiven Umverteilungsprozessen von unten nach oben als auch zu sozialen Schief lagen in Deutschland.

Selbstverwaltete Kommunen sollen den Zusammenhalt der Gesellschaft stabilisieren, sie sind eine Säule der Demokratie. Sie tragen dafür Sorge, dass öffentliches Leben, dass der Staat funktioniert. Aber immer mehr Städte und Gemeinden befinden sich in einer Vergeblichkeitsfalle: sie müssen sparen, privatisieren, entlassen, Löhne drücken, Gebühren erhöhen und Infrastruktur vernachlässigen, ohne dass eine Wende zum Besseren in Sicht ist. Ein Gestaltungsspielraum der Städte und Gemeinden ist kaum noch vorhanden.

Der von der Bundesregierung nun angestrebte aufkommensneutrale Ersatz der Gewerbesteuer durch eigene Hebesätze bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer bzw. einen größeren Anteil an der Umsatzsteuer lehnen sowohl die kommunalen Spitzenverbände als auch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ab. Unternehmen würden entlastet, Bürgerinnen und Bürger abermals belastet.

**WIR SAGEN:  
GERECHT GEHT ANDERS.**

### SAARBRÜCKER ERKLÄRUNG VERABSCHIEDET

#### Wir fordern

▲ **den Bund und die Länder auf, die Investitionskraft der Städte strukturell durch ein Konjunkturpaket III zu unterstützen.**

Ein Investitionsprogramm des Bundes muss Städte und Gemeinden in die Lage versetzen, nachhaltig in die Zukunftsbereiche Bildung, Betreuung, Stadtentwicklung und Daseinsvorsorge investieren zu können. Einen aktiven Beitrag zur Bewältigung der Wirtschaftskrise kann die kommunale Ebene nur so leisten.

▲ **den Erhalt der Gewerbesteuer und die Gewerbesteuerpflicht für Selbstständige und Freiberufler (Gemeindefinanzierungssteuer).**

Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen sind kein Konjunkturprogramm für den Mittelstand. Die immer wieder in Rede stehende Abschaffung der Gewerbesteuer würde fatale Folgen für die Investitionstätigkeit der Kommunen haben und den Arbeitsmarkt zusätzlich belasten. Es gilt daher vielmehr, die Gewerbesteuer zu stärken, denn sie garantiert trotz ihrer Konjunkturabhängigkeit eine solide kommunale Finanzbasis. Die Finanzierung von sozialen und kulturellen Einrichtungen, die Sicherstellung der Daseinsfürsorge sowie der verkehrlichen Infrastruktur dient allen Bürgerinnen und Bürgern einer Stadt. Aus diesem Grund ist es nicht nachvollziehbar, dass einzelne Berufsgruppen bei kommunalen Steuerpflichten ausgenommen sind und somit keinen finanziellen Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge leisten.

▲ **eine Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes.**

Eine finanzielle Stärkung der städtischen Haushalte kann nur durch eine stärkere Beteiligung der kommunalen Seite an den Erträgen aus der Einkommens- und Umsatzsteuer erreicht werden. Dies darf jedoch weder zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung der Arbeitnehmer/-innen führen, noch als „Ersatz“ für einen Wegfall der Gewerbesteuer dienen.

▲ **eine höhere und damit faire Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft bei Langzeitarbeitslosen und ihren Familien.**

Die kommunalen Haushalte tragen bereits drei Viertel dieser Ausgaben. Besonders strukturschwache Städte sind betroffen. Trotz steigender Ausgaben aufgrund der verschlechterten wirtschaftlichen Situation sieht die gültige Berechnungsformel eine Absenkung des Bundesanteils im SGB II vor. Die Berechnung der Beteiligungsquote des Bundes muss sich jedoch strikt an den tatsächlichen Kosten orientieren. Mittelfristig

muss ein kommunaler Sozialkostenausgleich geschaffen werden, der tatsächlich einen relevanten Anteil der Sozialkosten finanziert.

▲ **Wohngeldvorrang muss erhalten bleiben.**

Die vorgeschlagene Streichung des sogenannten Wohngeldvorrangs bzw. des Kinderwohngeldes, die die Kommunen zusätzlich belasten wird, ist nicht hinnehmbar. Es muss die Regelung beibehalten werden, dass insbesondere Kinder, die aufgrund von Unterhaltszahlungen nicht auf Sozialgeld angewiesen sind, ergänzend das von Bund und Ländern je zur Hälfte finanzierte Wohngeld in Anspruch nehmen können. Der Vorschlag, dass diese Kinder ebenfalls auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende verwiesen werden und anstelle des Wohngeldes kommunal finanzierte Unterkunftskosten im SGB II in Anspruch nehmen, muss verworfen werden. Die kommunalen Haushalte dürfen nicht per Federstrich mit zusätzlichen Unterkunftskosten belastet werden.

▲ **eine angepasste Kostenaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen für den Ausbau der Kinderbetreuung.**

750.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige und der Rechtsanspruch auf Betreuung bis zum Jahre 2013 können nach der derzeitigen Kostenverteilung nicht mehr gewährleistet werden.

▲ **eine flexiblere Genehmigungspraxis kommunaler Haushalte.**

Die Gemeindehaushaltsverordnungen enthalten Regelungen zum Haushaltsausgleich, die der aktuellen Situation einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht angemessen sind. Im Gemeindefinanzrecht bedarf es daher zeitlich befristeter Lockerungen. Bei der Ausgestaltung künftiger Förderprogramme des Bundes und der Länder muss auf die Einforderung eines kommunalen Eigenanteils verzichtet werden. Die Darstellung dieses kommunalen Beitrages zwingt die Städte und Gemeinden häufig zu einer weiteren Schuldenaufnahme. Es ist zu prüfen, ob eine angemessene Senkung der Förderbeträ-



Oberbürgermeisterin Charlotte Britz, ver.di-Bundesvorsitzender Frank Bsirske, Personalratsvorsitzender Bernd Schumann und ver.di-Landesleiter Alfred Staudt unterzeichneten Saarbrücker Erklärung



ge bei gleichzeitigem Verzicht auf den kommunalen Eigenanteil hier zielführend ist. Gleiches gilt auch für die kommunale Vorfinanzierung von Zuwendungen des Bundes und der Länder. Da in der Regel erst zu späteren Zeitpunkten Bundes- bzw. Landesmittel fließen, liegt die Finanzierungslast auf der kommunalen Seite. Hier ist entweder die Vorabzahlung von Teilbeträgen oder die Förderung der nachgewiesenen Kreditkosten erfolversprechend.

### ▲ keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Nicht nur die Krise an den Finanzmärkten hat gezeigt, wie labil unsere Volkswirtschaften sind. Gerade im Bereich der Daseinsvorsorge haben die Privatisierungen dramatische Folgen für Mitarbeiter/-innen und Bürger/-innen nach sich gezogen. Nicht ohne Grund ist bundesweit eine Tendenz zur Rekommunalisierung zu beobachten. Wer die öffentliche Daseinsvorsorge unterstützt, muss auch den rechtlichen Rahmen hierfür schaffen. Wir brauchen Ordnungskriterien, die für gleichwertige Wettbewerbsbedingungen sorgen und kommunalen Unternehmen faire Chancen auf freien Märkten sichert.

### ▲ ein wirksames Entschuldungsprogramm der Länder zugunsten ihrer Städte und Gemeinden.

Hierbei muss die Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit und Wirtschaftskraft von zentraler Bedeutung sein. Wir fordern ein im Grundgesetz verankertes kommunales Beteiligungsrecht bei allen Gesetzgebungsverfahren, die Städte, Gemeinden und Kreise tangieren bzw. belasten.

### ▲ einen Rettungsfond für hoch verschuldete Städte und Gemeinden.

Für die am stärksten verschuldeten und unter Arbeitslosigkeit und Krise leidenden Kommunen ist ein Rettungsfond notwendig, der sie aus der Schuldenfalle holt.

### ▲ ein klares und unmissverständliches „Nein“ zu dem sogenannten Atomkompromiss.

Die Städte und Gemeinden investieren in großem Umfang in umweltfreundliche Energieerzeugung. Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke dürfen diese milliardenschweren Investitionsentscheidungen nicht gefährden. Deshalb brauchen die Stadtwerke eine Kompensation für den voraussichtlichen Gewerbesteuerausfall durch die Brennelementesteuer.

### ▲ Evaluierung Solidarpakt Ost.

Im Rahmen der Evaluierung des Solidarpaktes Ost sollen Bundes- und Landesregierung alles Notwendige tun, damit strukturschwache Regionen auch in westdeutschen Ländern von diesen Mitteln profitieren können.

## EINE NEUE POLITIK FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN STARTEN

Mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik hat die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Vorschläge unterbreitet, die die Finanzmisere der Kommunen und des gesamten Gemeinwesens beenden könnten.

### 1. Wir fordern einen Rettungsschirm für die Kommunen.

Die Kommunen brauchen umgehend eine Kompensation für die Einnahmefälle, die ihnen infolge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und des Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorschriften, die zusammen pro Jahr rund 2,3 Milliarden Euro ausmachen, entstehen. Zudem brauchen die Kommunen rasch eine deutliche Anhebung der quotalen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Darüber hinaus brauchen Kommunen in extremer Haushaltsnotlage umgehend Zins- und Tilgungshilfen der jeweiligen Bundesländer, um wieder Gestaltungsspielräume erlangen zu können.

### 2. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefiskussteuer ausgebaut werden.

Zu der würden auch bisher nicht erfasste Freiberufler und Selbstständige beitragen. Durch Freibeträge und die Beibehaltung der Anrechnung auf die Einkommensteuer würde sichergestellt, dass die große Mehrzahl der Selbstständigen nicht zusätzlich belastet würde. Gleichzeitig würde die Steuer auch auf die Teile der Wertschöpfung erhoben, die in der Kommune erarbeitet wurden und die als Zinsen, Mieten, Pachten oder Leasingraten Kapitalgebern zufließen. So blieben auch die Einnahmen der Kommunen in schlechten Zeiten

stabiler. Zudem muss die Ertragskraft der Körperschaftsteuer gestärkt werden, in dem beispielsweise die Zinsschranke wieder auf 1 Million Euro gesenkt und Mantelkäufe mit Verlustvorträgen abgeschafft werden.

### **3. Wir brauchen ein kommunales Investitionsprogramm.**

Ein drittes bundesweites Konjunkturprogramm muss vorrangig die Fortsetzung und Verstärkung der kommunalen Investitionen in den Bereichen Bildung, Umwelt, Gesundheit, Verkehr und IT-Infrastruktur sicherstellen.

### **4. Die Kommunen müssen von den steigenden Kosten für soziale Leistungen entlastet werden.**

Die Kommunen brauchen eine Veränderung der Struktur der Mitfinanzierung der Leistungen nach dem SGB II. Zudem müssen die sozialen Sicherungssysteme wieder gestärkt werden: Darum brauchen wir eine Rentenreform, die die Einnahmehbasis der Rentenversicherung erweitert und schrittweise Selbständige und Beamte einbezieht. Wir brauchen eine Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, und wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn.

### **5. Die Einnahmesituation der Gebietskörperschaften muss verbessert werden.**

Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wir fordern die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen. Die Senkung der Erbschaftsteuer muss rückgängig gemacht und das Erbschaftsteueraufkommen durch eine wirksame Besteuerung großer Erbschaften angehoben werden.

### **6. Wir fordern die Einführung der Finanztransaktionssteuer.**

Bund, Länder und Kommunen, somit alle Bürgerinnen und Bürger, tragen bereits heute die Kosten für die Bewältigung der Finanzkrise. Darum ist es mehr als gerecht, wenn die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligt werden und zudem einer erneuten Spekulationswelle vorbeugend ein Riegel vorgeschoben wird: Wir fordern deshalb die Regierung auf, sich energisch für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im europäischen Rahmen einzusetzen. Solange diese nicht umgesetzt ist, brauchen wir eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland. Grundsätzlich müssen Finanzprodukte wie jede andere Ware und Dienstleistung auch der Steuerpflicht unterworfen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass der Weg zu handlungsfähigen und lebenswerten Kommunen nicht über Leistungskürzungen, die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Absenkung sozialer Standards führt, sondern durch eine schnell wirksame, grundlegende, nachhaltige und sozial gerechte Verbesserung ihrer Haushaltssituation. Dafür werden wir gemeinsam in der Öffentlichkeit, in der Politik und mit gemeinsamen Aktivitäten in den Kommunen und Betrieben in den kommenden Monaten werben.



## Podiumsdiskussion Eine neue Politik für Städte und Gemeinden starten!

Das Leben, Arbeiten und Wirtschaften in Städten und Gemeinden wird nachhaltig von der finanziellen Situation der Gebietskörperschaften geprägt. Rund 60 Prozent der öffentlichen technischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur werden von den Kommunen getragen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt den inzwischen angewachsenen Investitionsnachholbedarf für Erhalt, Neuerung und Ausbau kommunaler Infrastruktur auf rund 700 Milliarden Euro. Vor dem Hintergrund der jetzigen Finanzprobleme der Städte und Gemeinden ist nicht abzusehen, wie dieser Nachholbedarf auch nur annähernd bewältigt werden kann.

Vielmehr ist zu befürchten, dass das Prinzip der Solidargemeinschaft ebenso wie das Grundprinzip der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in verschiedenen Teilräumen Deutschlands gefährdet ist.

Die Bürgerinnen und Bürger werden tagtäglich mit den Auswirkungen auf folgenden Gebieten konfrontiert: im öffentlichen Nahverkehr, bei der Gesundheitsversorgung, bei Bibliotheken, im sozialen Wohnraum, bei Kulturinstitutionen, in Sportstätten und auf Spielplätzen, in Jugendzentren, auf Radwegen und Straßen, und vieles mehr. Entsprechend sind viele Verbände, wie zum Beispiel: Sozial- und Wohl-

fahrtsverbände, Kirchen, Sportvereine und Kulturträger unmittelbar betroffen.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di diskutiert mit Vertreterinnen und Vertretern der Kirche, eines Wohlfahrtsverbandes, des Deutschen Olympischen Sportbundes und einer Arbeitslosengruppe über deren Probleme im Kontext der Städte und Gemeinden in Not. Dazu werden die Positionen der o. g. Gruppen dargestellt und über eine andere Politik für Städte und Gemeinden beratschlagt.



# Eine neue Politik ist unerlässlich

DR. EBERHARD JÜTTNER, VORSITZENDER DES PARITÄTISCHEN GESAMTVERBANDES



*Städte und Gemeinden stecken in einer tiefen Krise, und wir stecken alle mit drin! Diese Krise geht uns alle an – denn wir alle sind von ihren Auswirkungen betroffen.*

## 1. Die Probleme sind spürbar.

Die Bereiche, an denen jeder von uns die Finanzprobleme der Kommunen zu spüren bekommt, sind vielfältig: Von Einsparungen im öffentlichen Verkehr, über die Erhöhung von kommunalen Steuern und Gebühren, bis hin zur Schließung von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen.

## 2. Vor allem die Jugendarbeit wird wegrationalisiert.

Besonders soziale Einrichtungen leiden unter der Finanznot der Städte und Kommunen. Besonders negativ stellen sich zum Beispiel die Auswirkungen des Spardiktats auf die Bereiche Jugendhilfe, Jugendbildung und Jugendarbeit dar. Institutionen wie Jugendzentren, Beratungsstellen und Bildungsstätten waren in den letzten

Jahren oft unter den ersten Einrichtungen, die wegrationalisiert worden sind. Diese Entwicklung ist in höchstem Maße besorgniserregend!

## 3. Eine Chipkarte für Nichts.

Wir erinnern uns zurück: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 jedem Kind ein „Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“ zugebilligt. Die Kürzungen im Jugendbereich widersprechen diesem Richterspruch in grundsätzlicher Art und Weise. Man könnte auch vereinfacht sagen: Was nutzt eine Chipkarte für Kinder, wenn es kaum mehr Einrichtungen gibt, in denen diese eingelöst werden kann?

## 4. Kommunen brauchen Stabilität und Planungssicherheit.

Es ist daher vom Gesetzgeber sicherzustellen, dass die Städte und Kommunen in Zukunft finanziell und strukturell wieder dazu in der Lage sind, die Bedürfnisse der Menschen sicherzustellen. Kommunen brauchen dafür Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen. Besonders bei unseren Kindern darf nicht an den Bedürfnissen vorbeigespart werden. Ohne eine funktionierende kommunale Infrastruktur im Kinder- und Jugendbereich, werden wir die drängenden Probleme unserer Zukunft nicht in den Griff bekommen. Salopp gesagt: Wenn wir die Zeche in diesem Bereich jetzt prellen, werden wir sie in einigen Jahren mit Zins und Zinseszins zurückzahlen haben.

## 5. Schluss mit dem Verwalten des Mangels.

Eine neue Politik für Städte und Gemeinden ist daher unerlässlich! Wir müssen Schluss machen mit dem Verwalten des Mangels! Eine solide Finanzausstattung der Kommunen ist notwendig, um soziale und demokratische Teilhabe wirksam umzusetzen!

### Dr. Eberhard Jüttner

Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes  
Oranienburger Str. 13–14  
10178 Berlin  
Tel. 030/2 46 36-0  
Fax 030/2 46 36-110  
[www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de)



## Allianzen schmieden und Druck erzeugen

MARTIN KÜNKLER, KOORDINIERUNGSSTELLE GEWERKSCHAFTLICHER ARBEITSLOSENGRUPPEN



*Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen fordert, die kommunale Infrastruktur auszubauen, weil gerade Arbeitslose und Geringverdiener auf sie angewiesen sind. Aber auch alle anderen brauchen eine leistungsstarke Kommune, deshalb müsse man sich zusammenschließen und den Druck auf die Politik erhöhen.*

### 1. Geringverdiener und Erwerbslose sind in besonderer Weise auf eine leistungsstarke kommunale Infrastruktur angewiesen.

Geringverdiener, Erwerbslose und andere schwache Gruppen verfügen nicht über die materiellen Ressourcen, um eine ausreichende Versorgung und Teilhabe über private Güter und Dienstleistungen am Markt zu erwerben. Sie sind im besonderen Maße darauf angewiesen, dass ihnen Teilhabe ermöglicht wird: Wem das Geld für das kommerzielle Spaßbad fehlt, ist besonders auf das kommunale Schwimmbad angewiesen, wer

keine gut bestückten Bücherregale zu Hause hat, besonders auf die öffentliche Leihbücherei und wer sich kein Auto leisten kann, ist besonders auf einen kostengünstigen Öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Die Finanzmisere zwingt die Kommunen heute, Angebote abzubauen und Einrichtungen zu schließen. Eine Trendwende ist erforderlich: Mehr kommunale Einnahmen sind notwendig, um die kommunale Infrastruktur ausbauen zu können.

### 2. Statt Gutscheinen und einer Chipkarte für Kinder im Hartz-IV-Bezug müssen die kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden.

Kinder- und Jugendliche im Hartz-IV-Bezug sollen künftig zusätzliche Leistungen für Bildung und Teilhabe in Form von Gutscheinen und mittelfristig in Form einer Chipkarte mit Wertguthaben bekommen. Die gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen

lehnen solche Gutscheine ab, weil sie Eltern im Hartz-IV-Bezug pauschal die Fähigkeit absprechen, gut für ihre Kinder zu sorgen und die Gefahr besteht, dass Hartz-IV-Bezieher auffallen und stigmatisiert werden. Bezogen auf die kommunale Infrastruktur gilt: Was nützt dem musikalischsten Kind ein Gutschein, wenn es vor Ort keine Musikschule gibt. Oder den Jugendlichen, deren Jugendclub gerade schließen musste, wo ihre Band im Keller proben konnte? Und Förderkurse und Ganztagsbetreuung der Schulen sind allemal besser als Gutscheine, die bei Nachhilfeanbietern eingelöst werden, deren Qualität kein Mensch beurteilen kann. Statt Gutscheinen müssen die kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden. Und: Diese kommunalen Angebote und Einrichtungen müssen nicht nur Kindern und Jugendlichen in Haushalten im Hartz-IV-Bezug, sondern auch Kindern in Haushalten mit niedrigem Einkommen über der Hartz-IV-Schwelle kostenfrei zugänglich sein.

### 3. Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen führt zu einer „Ausgabenkonkurrenz“ und birgt die Gefahr, dass Hartz-IV-Beziehern bedarfsdeckende Leistungen vorenthalten werden.

Wichtige kommunale Aufgaben konkurrieren miteinander, da die Einnahmen der Kommune nicht reichen, um alle notwendigen Aufgaben zu finanzieren. Ausgaben etwa für Personal, Angebote in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur, Freizeit und für die

Wohnkosten für Hartz-IV-Bezieher konkurrieren heute miteinander. Die kommunale Finanzmisere birgt die Gefahr, dass gesetzlich verbriefte Ansprüche auf Sozialleistungen unterlaufen werden. So haben zwar Hartz-IV-Bezieher einen Rechtsanspruch auf Erstattung ihrer angemessenen Wohn- und Heizkosten. Da die Kommunen jedoch bestrebt sind, die Kosten dafür zu begrenzen, werden die Angemessenheitsgrenzen tendenziell zu niedrig angesetzt und vielerorts nur Leistungen gewährt, die die tatsächlichen Kosten fürs Wohnen nicht vollständig decken.

Eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen ist somit auch deshalb dringend nötig, um Sparzwänge abzumildern, die derzeit auf Sozialleistungsbezieher abgewälzt werden.

#### 4. Die Kommunen brauchen mehr Geld.

Der Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Weiterentwicklung der Erbschaftssteuer sind wichtige Instrumente, um die Einnahmen der Kommunen zu verbessern. Zusätzlich fordern wir, die Kostenverteilung der Aufwendungen für die Wohn- und Heizkosten von Hartz-IV-Beziehern zugunsten der Kommunen und zu Lasten des Bundeshaushaltes zu verändern. Der Kostenanteil des Bundes ist in den letzten Jahren von rund 29 auf 23 Prozent gesunken, der Kostenanteil der Kommunen spiegelbildlich von 71 auf 77 Prozent gestie-

gen. Bisher bemisst sich der Anteil des Bundes ausschließlich anhand der Anzahl der Haushalte im Hartz-IV-Bezug, sogenannte Bedarfsgemeinschaften. Zukünftig sollten auch andere Kostenfaktoren wie Mietsteigerungen und insbesondere der Anstieg der Energie- und Heizkosten in die Berechnung einfließen. Zudem: Kommunale Sport-, Freizeit-, Kulturangebote sowie Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollen für Hartz-IV-Bezieher und für andere schwache Gruppen kostenlos zugänglich sein – auch hier muss der Bund seine Zuwendungen erhöhen.

#### 5. Das Thema „Kommunen in Not“ bietet die Möglichkeit, Allianzen zu schmieden und hat das Potenzial, gesellschaftlichen Druck für reale Verbesserungen zu erzeugen.

Die gewerkschaftlichen Erwerbsloseninitiativen begrüßen es sehr, dass ver.di dem Thema „Kommunen in Not“ innerhalb der Kampagne „Gerecht geht anders“ einen hohen Stellenwert beimisst. Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge haben, wie dargestellt wurde, große Bedeutung für die Teilhabemöglichkeiten von schwachen Haushalten und Erwerbslosen. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Wir halten das Thema Kommunen in Not für ein geeignetes Vehikel, um für eine gerechtere Steuerpolitik insgesamt und eine Umverteilung des privaten Reichtums zugunsten der öffentlichen Haushalte zu werben. Die gegenwärtigen Folgen der Finanzmisere der Kommunen müssen nicht theoretisch erklärt

werden; sie sind in Form von Schlaglöchern, maroden Schulgebäuden und geschlossenen Jugendzentren oder Schwimmbädern unmittelbar erlebbar. Und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Verbände und Vereine eint das gemeinsame Interesse an einer lebenswerten und sozialen Kommune. Dies sind gute Voraussetzungen, um Menschen in Bewegung zu bringen, aus der Zivilgesellschaft heraus Druck auf die Politik auszuüben und reale Verbesserungen durchzusetzen.

#### Martin Künkler

ist Mitarbeiter der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de)



## Unsere Zukunft entscheidet sich auch an der Zukunft der Kommunen

PROF. DR. BERNHARD EMUNDS, LEITER DES OSWALD VON NELL-BREUNING-INSTITUTES



*Aus Sicht der Sozial- und Wirtschaftsethik müssen wir unseren Werteindex umkehren. Die Politik muss Ungleichheiten, immer mehr Wettbewerb und Ausschluss Tendenzen abbauen und stattdessen öffentliche Leistungen ausbauen, das heißt auch, die Kommunen fördern.*

### 1. Wie wollen wir leben?

Die Frage nach einer verlässlichen und hinreichenden Finanzgrundlage für die Kommunen lässt sich nur beantworten, wenn in einem Prozess der demokratischen Meinungsbildung zugleich die weitergehende Frage bearbeitet wird, welche Aufgaben die Städte, Gemeinden und Kreise künftig übernehmen sollen. Wir kommen nicht umhin, nach der Gesellschaft zu fragen, in der wir in Zukunft leben wollen, und damit auch nach dem Leitbild der Staatlichkeit, das einer solchen Vorstellung von Gesellschaft entsprechen würde.

### 2. Privater Reichtum bedingt öffentliche Armut.

In den letzten Jahrzehnten hat sich eine doppelte Schieflage immer weiter verschärft. Durch Steuerentlastungen im oberen Einkommensbereich wurde der auch durch Marktkräfte bedingte Trend zur Polarisierung zwischen privatem Reichtum und privater Armut forciert. Dabei gewannen in der Wirtschaftspolitik die Interessen der Vermögensbesitzer immer mehr die Oberhand. Einen vorläufigen Höhepunkt hat diese Entwicklung in den vergangenen Monaten erreicht, als nicht nur Kredite der Zentralbanken sondern auch Milliardensummen an Steuergeldern eingesetzt wurden, um die künstlichen Vermögensgewinne der letzten zwei Jahrzehnte staatlich abzusichern. Dem privaten Reichtum steht zudem immer deutlicher eine öffentliche Armut gegenüber. Die extremen Finanzierungsengpässe der öffentlichen Hand sind ein Spiegelbild der steuerlichen

Entlastung vor allem der oberen Einkommensgruppen. Ein Großteil der damit verbundenen Lasten wird den Beschäftigten aufgebürdet – sowie den Städten, Gemeinden und Kreisen. Die so entstandenen Finanzlöcher haben nicht wenige Kommunen durch massive Einschränkungen ihrer Leistungen und durch Verkauf ihres „Tafelsilbers“, insbesondere durch die Privatisierung wichtiger Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stopfen versucht.

### 3. Die Reduzierung öffentlicher Güter korrespondiert mit einem Anstieg privater Güter

Durch fiskalische Notmaßnahmen der Kommunen wurde in den letzten 20 Jahren der Umfang jener Güter schleichend reduziert, zu denen alle Bürgerinnen und Bürger unentgeltlich oder gegen eine nur kostendeckende Gebühr Zugang haben. Seit Jahren werden öffentliche Leistungen ganz gestrichen oder Bereiche der Daseinsvorsorge privaten Unternehmen übertragen. Um auf jeden Fall die angestrebte Rendite erwirtschaften zu können, drücken sie vielfach die Löhne, senken sie die Qualität der Leistung oder reduzieren sie deren Umfang (z. B. in strukturell schwächeren Regionen). Durch Letzteres sinkt die Menge der Güter, zu denen (beinahe) alle Bürgerinnen und Bürger Zugang haben, was es den Menschen mit geringem Einkommen erschwert, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. So werden die Ausschluss Tendenzen, die u. a. auf die Polarisierung der Einkommen, die anhaltende Mas-

senarbeitslosigkeit und die partielle Prekarisierung der Erwerbsarbeit zurückgehen, weiter verstärkt. Dabei springt die reduzierte Bereitstellung öffentlicher Güter in den letzten zwei Jahrzehnten auch deshalb ins Auge, weil – wie das anhaltende Wirtschaftswachstum zeigt – in der gleichen Zeit die Menge privater Güter immer weiter gestiegen ist.

#### 4. Die Kommunen brauchen eine solide Finanzgrundlage.

Die skizzierten negativen Entwicklungstrends zeigen, dass die aktuell drängende Aufgabe, den Städten, Gemeinden und Kreisen für die derzeit von ihnen noch bereitgestellten öffentlichen Güter eine solide Finanzgrundlage zu verschaffen, Teil einer größeren Herausforderung ist. Die Kommunen übernehmen u. a. einen Großteil der öffentlichen Daseinsvorsorge – Energie, Wasser, Abwasser, Müll, öffentlicher Personennahverkehr – und unterstützen die Vereine und Initiativen, in denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Beziehungsnetze knüpfen. Vor allem die Städte, Gemeinden und Kreise stellen öffentliche Räume – z. B. Parks, Bibliotheken sowie Orte des kulturellen Austauschs und des sportlichen Wettbewerbs – bereit. Sie können nahe an den Problemen der Menschen sein und sind deshalb zu Recht für einen erheblichen Teil der sozialen Hilfen zuständig, die sie – soweit ihnen dies finanziell noch möglich ist – durch freiwillige soziale Dienstleistungen, etwa im Bereich der sozial unterstützenden Beratung, ergänzen.

#### 5. Der Weg zum vitalen Gemeinwesen.

In Zukunft dürfte sich parallel mit dem Verteilungskonflikt zwischen den Privaten zugleich auch der Streit um die Anteile zwischen privaten und öffentlichen Gütern weiter verschärfen. Dass es hier um eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Gesellschaft geht, verdeutlicht auch der jüngste Bericht der britischen Sustainable Development Commission (Tim Jackson, *Prosperity without Growth?*, London 2009). In einer realistischen Sicht der künftigen Wirtschaftsentwicklung wird man für die nördliche Hemisphäre doch wohl eher von geringen Wachstumsraten ausgehen. Aufgrund dieser Aussichten kommt der in dem Bericht skizzierten Wahl der Gesellschaft zwischen zwei wirtschaftlichen Entwicklungspfaden eine besondere Bedeutung zu: Wollen wir auch in Zukunft auf Lebensstile sowie wirtschaftliche und staatliche Strukturen setzen, in deren Mittelpunkt eine Statuskonkurrenz der Bürgerinnen und Bürger über Einkommensunterschiede und über möglichst exklusive Konsumgüter steht? Oder zielen wir in Zukunft Steigerungen der Lebensqualität vermehrt durch Arbeitszeitverkürzungen und durch die Mehrung von gemeinsam zu nutzenden Gütern („shared prosperity“) an? Der eine Weg bedeutet eine weitere Zunahme der Ungleichheiten, des Wettbewerbs und der Ausschlusstendenzen, der andere Weg verlangt eine neue Politik der Begrenzung sozialer Ungleichheiten und des Ausbaus öffentlicher Leistungen. Auf dem einen Weg werden die Kom-

munen – schneller noch als die anderen Gebietskörperschaften – immer weiter austrocknen; auf dem anderen Weg werden sie zu vitalen Gemeinwesen, die all ihren Gliedern wertvolle Möglichkeiten der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und damit auch der persönlichen Entfaltung bieten.

#### Prof. Dr. Bernhard Emunds

ist Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts Frankfurt für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik  
Offenbacher Landstr. 224  
60599 Frankfurt  
Tel. 0 69/60 61-2 30  
Fax 0 69/60 61-5 59  
E-Mail: [nbi@sankt-georgen.de](mailto:nbi@sankt-georgen.de)  
[www.sankt-georgen.de/nbi](http://www.sankt-georgen.de/nbi)



## Starker Sport – starke Kommunen!

DR. KARIN FEHRES, DIREKTORIN SPORTENTWICKLUNG,  
DEUTSCHER OLYMPISCHER SPORTBUND



*Der Deutsche Olympische Sportbund unterstützt mit seinen über 91.000 Vereinen die Förderung der kommunalen Spitzenverbände nach einer angemessenen und nachhaltigen Finanzausstattung. Der organisierte Sport braucht finanzstarke Kommunen. Die Kommunen brauchen einen starken Partner Sport.*

### **1. Sport und Sportvereine machen Kommunen zu Orten mit hoher Lebensqualität und tragen in hohem Maße zum Gemeinwohl bei.**

Sport im Verein ist ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaft, wenn es um Bildung, Gesundheit und Integration geht. Er ist von zentraler Bedeutung für das Gemeinwohl, vor allem angesichts eines beschleunigten sozialen Wandels. In den Städten und Gemeinden spielt er mit seiner Vielfalt und seinen zahlreichen Bezügen zu anderen kommunalen Handlungsfeldern eine zentrale Rolle.

### **2. Die Förderung des Sports durch die Kommunen ist politisch sinnvoll und zu Recht Bestandteil der Daseinsvorsorge.**

Aufgrund seiner herausragenden gesellschafts- und kommunalpolitischen Bedeutung fördern die Kommunen den Sport. Rund 80 Prozent der Sportförderung in Deutschland ist kommunale Sportförderung – dies entspricht über drei Milliarden Euro jährlich.

### **3. Eine Krise der kommunalen Finanzen ist immer auch eine Krise des Vereins- und Breitensports.**

Die langfristigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte werden zunehmend in den Kommunen spürbar. Ein Teil der Städte und Gemeinden droht handlungsunfähig zu werden, die bereits seit Jahren bestehenden grundsätzlichen Finanzprobleme vieler Kommunen werden noch ver-

stärkt. Rekorddefizite in zweistelliger Milliardenhöhe, eine explodierende Verschuldung durch kurzfristige Kredite, der stärkste Steuerrückgang seit Jahrzehnten und steigende Sozialausgaben kennzeichnen die Situation, die eine angemessene Sportförderung und damit den gesellschaftspolitischen Mehrwert des Sports in hohem Maße gefährdet. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) blickt daher mit Sorge auf die Verschlechterung der kommunalen Einnahmesituation, auf die strukturelle Unterdeckung der örtlichen Haushalte und darauf, dass staatliche Aufgaben immer mehr auf die Kommunen übertragen werden.

Der kommunale Investitionsstau von 700 Milliarden Euro droht sich weiter zu verschärfen. Im Bereich der Sportstätten – eine der wichtigsten Ressourcen des gemeinnützigen Sports – besteht nach wie vor ein milliardenschwerer Sanierungsbedarf. Der DOSB geht hierbei von einem Gesamtbedarf von mindestens 42 Milliarden Euro aus. Diese Summe ist höher als das Sanierungsvolumen für Trinkwasseranlagen, Verwaltungsgebäude oder Krankenhäuser. Das Konjunkturpaket II verschafft dem Sport und den Sportvereinen insgesamt zwar Spielraum, doch werden die Fragezeichen immer größer, was von 2011 an aus der kommunalen Sportförderung wird.

#### **4. Der DOSB unterstützt die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene im Hinblick auf eine angemessene und verstetigte kommunale Finanzausstattung.**

Der DOSB unterstützt mit seinen über 91.000 Vereinen die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach einer angemessenen und nachhaltigen Finanzausstattung. Der organisierte Sport braucht finanzstarke Kommunen. Die Kommunen brauchen einen starken Partner Sport. Das DOSB-Präsidium hat daher im Frühjahr 2010 eine entsprechende Erklärung beschlossen. Darin fordert der DOSB Bund und Länder dringend auf, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen, eine den kommunalen Aufgaben gerechte Finanzausstattung zu gewährleisten und in den Beratungen der geplanten Kommission zu den Gemeindefinanzen der herausragenden gesellschaftspolitischen Bedeutung des Vereinssports für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen.

#### **5. Die politischen Rahmenbedingungen müssen sportfreundlich ausgestaltet sein.**

Die Kürzung der Sportförderung auf Landes- und kommunaler Ebene ist kurzsichtig. Sie ist weder im Interesse der Bürgerinnen und Bürger noch im Interesse des Gemeinwohls und der Lebensqualität vor Ort. Der DOSB appelliert daher an alle politisch Verantwortlichen, nicht AM, sondern DURCH den Sport zu sparen.

#### **6. Die Zusammenarbeit Sport/Kommune muss intensiviert und kreativer werden.**

Gerade in Zeiten wie diesen, sollten die Kommunen und die Sportvereine noch enger und kreativer zusammenarbeiten. Der DOSB hat in einer Kooperationsvereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden im Jahr 2008 und mit einem großen, gemeinsam durchgeführten Kongress in München im März 2010 zum Thema „Starker Sport – starke Kommunen“ Anregungen für eine solche Entwicklung gegeben.

„Wir brauchen eine gemeinsame Vorwärtsstrategie und mehr Kreativität in der Zusammenarbeit, Kommunalpolitik, Verwaltung und Sportorganisationen“, hatte Münchens Oberbürgermeister Christian Ude auf dem Kongress festgestellt. DOSB-Präsident Thomas Bach sagte bei dieser Gelegenheit: „Ein starker Sport macht Städte und Gemeinden stark und zu Orten mit hoher Lebensqualität.“

#### **Dr. Karin Fehres**

Direktorin Sportentwicklung  
Frankfurt am Main  
Deutscher Olympischer Sportbund  
Geschäftsbereich Sportentwicklung  
Otto-Fleck-Schneise 12  
60528 Frankfurt am Main  
[www.dosb.de](http://www.dosb.de)



## Resumee Städte und Gemeinden in Not

ACHIM MEERKAMP

In vielen Städten und Gemeinden fehlt heute schon das Geld für notwendige Investitionen. In dieser Situation erwägt die schwarz-gelbe Bundesregierung die Abschaffung der Gewerbesteuer, der mit Abstand wichtigsten Gemeindesteuer, die von den ortsansässigen Unternehmen an die Kommunen gezahlt wird.

Als Ersatz für die Gewerbesteuer, so heißt es, könnten Städte und Gemeinden das Recht bekommen, einen kommunalen Zuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu erheben. Außerdem ist ein höherer Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer im Gespräch. Mit der Abschaffung der Gewerbesteuer würden die Unternehmen abermals entlastet und im Gegenzug die Städte und Gemeinden und ihre Bürgerinnen und Bürger noch stärker belastet. Die ärmsten Städte und Gemeinden müssten die höchsten Zuschläge etwa auf die Einkommensteuer erheben. Doch nicht nur das: Prüfen soll die Gemeindefinanzkommission auch, ob die Einheitlichkeit sozialer Leistungen erhalten bleiben soll. Das könnte dahin führen, dass die Menschen in armen Städten und Gemeinden weniger Grundsicherung erhalten als in reicheren Kommunen.

Alle Fachleute stimmten heute darüber ein, dass sich die Politik für Städte und Gemeinden ändern muss. Zentral ist dabei die chronische und strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. Die Gebietskörperschaften haben ein Einnahmeproblem. Hier muss die Politik ansetzen, um die Städte und Gemeinden, die Sportverbände, Sozial-/Wohlfahrtsverbände, Kultur- und Sozialeinrichtungen, die Kirchen, ja die gesamte kommunale Infrastruktur in die Lage zu versetzen, ein sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Leben, Arbeiten und Wirtschaften zu ermöglichen. Dafür wollen alle gemeinsam eintreten.

Diese Veranstaltung „Städte und Gemeinden in Not“ steht für den Beginn der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung um eine gerechtere Politik für Städte und Gemeinden. Im Herbst 2010 werden bundesweit in Betrieben, Verwaltungen unter der Kampagne „gerecht – geht – anders!“ 3 Aktionswochen stattfinden, bei denen die finanzielle Lage der Kommunen einen Schwerpunkt bildet.

Im November wird die Bundesregierung erste Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission vorstellen. Die politische Entscheidung wird voraussichtlich im kommenden Jahr getroffen. Das Einnahmeproblem der Städte und Kommunen wird uns also auch im nächsten Jahr begleiten.

In 2011 finden in Hamburg (20.02.), in Sachsen-Anhalt (20.03.), Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen (jeweils 27.03.), Bremen (22.05), Niedersachsen (11.09.), Berlin (18.09.) und Mecklenburg-Vorpommern (04.09.) Landtags- und/oder Kommunalwahlen statt. Dann sollten wir gemeinsam für eine gerechtere Politik in unseren Städten und Gemeinden aufrufen.

**DENN:  
GERECHT GEHT ANDERS!**